

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. C. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 30. Dez. bis 5. Jan. 55 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 298.

Montag, 31. Dezember 1923.

30. Jahrgang.

Jahresbilanz.

I.

Das vergangene Jahr war reich an Ereignissen innen- und außenpolitischer Art. Es handelt sich um Ereignisse, die sich in ihrer Mehrheit gegen das deutsche Volk richteten und kennzeichnend sind für den Geist, der heute noch weite Kreise unserer Bevölkerung befeuert. Das ist überhaupt in den letzten Jahren das Geschick unseres Landes, große Dinge zu erleben, die keine Freude, sondern Leid über Hunderttausende von Volksgenossen brachten und das Tragische bleibt hier wiederum, daß diejenigen unter den großen politischen Konflikten leiden, die an ihrer Entstehung unschuldig sind, aber trotzdem noch jenen nachlaufen, die als Verantwortliche für einen großen Teil der Konflikte zeichnen, die mitschuldig sind an dem ganzen Elend, das über Deutschland hereingebrochen ist und sich im Verlauf dieses abgeschlossenen Jahres ganz besonders bitter offenbarte.

Hindenburg und Ludendorff telegraphierten im September 1918 wiederholt an die Reichsregierung wegen einer sofortigen Beendigung des Krieges. Sie sprachen sich damit schuldig am Zusammenbruch, denn sie hatten sich als die eifrigsten Widerwärtigen eines Verständigungsriedens betätigt, als noch Zeit und Gelegenheit war, einen solchen zu erreichen. Mit dem Geständnis, den Krieg verloren zu haben, mußte Deutschland die intellektuelle Verpflichtung zur Leistung von Reparationen eingehen. Das war unter der kapitalistischen Gesellschaft noch nach jedem Kriege so! Als Deutschland 1871 den Frieden von Versailles schloß, wurde auch Frankreich zu finanziellen Leistungen im Rahmen des Erträglichsten verpflichtet. Die deutschen Besatzungstruppen zogen erst ab, als der wesentliche Teil dieser Verpflichtungen abgezollt war. Damals förderte die deutsche Intelligenz und die deutsche Wirtschaft das Verlangen ihrer Regierung nach Kriegsentwädigung — während sich die schärfmachersischen Kreise der deutschen Industrie nach dem Weltkrieg, an dessen tragischem Ausgang sie mitschuldig sind, grundsätzlich zum Gegner jeder Erfüllung wurden. Gewiß übersteigen die Ansprüche der Ententemächte an die deutsche Finanz- und Wirtschaftskraft weit das Maß des Möglichen, aber trotzdem steht fest, daß weite Teile unserer bestehenden Schichten noch nicht einmal bereit waren, ordnungsgemäß im Rahmen des Erträglichsten zu erfüllen. Das ist der allgemeine Eindruck bei den europäischen Völkern, und daraus ist auch zu erklären, daß trotz aller Gewalttaten, die am deutschen Volk verübt wurden, auf der ganzen Welt in dem letzten Jahre kaum die Idee eines Mitleides zu verspüren gewesen ist. Ohne Protest der Kulturvölker konnten die französischen und belgischen Besatzungstruppen unter diesen Umständen am 11. Januar in das Ruhrgebiet einmarschieren. Trotzdem bleibt die Okkupation der Ruhr ein widerrechtlicher Akt. Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratie sich nicht nur der Abwehr angeschlossen, sondern auch ihre Anhänger, die Arbeiter, Angestellten und Beamten in erster Front den Abwehrkampf führen lassen. Es galt damals nicht, schließend vor diejenigen zu treten, die als stärkste Opponenten der Erfüllungspolitik galten, sondern vor aller Welt mit moralischen Mitteln gegen einen widerrechtlichen Akt zu protestieren. Und wenn Deutschland seit 1919 trotz Vertrag keinen Pfennig bezahlt, keinen Waggon Kohle ausgeliefert hätte — es gibt keinen Paragraphen des Völkerrechts und keinen Artikel des Versailler Vertrages, der Frankreich und Belgien als selbständigen Mächten jemals das Recht zur Besetzung deutscher Gebiete eingeräumt hätte. In diesem Bewußtsein hat die deutsche Sozialdemokratie am 12. Januar 1923 zur Abwehr aufgerufen. Sie fühlte sich als Partei der Reichseinheit besonders berufen, durch den passiven Widerstand die Welt auf ein Unrecht aufmerksam zu machen, wie es in der Geschichte seinesgleichen sucht!

Wenn uns das nicht gelungen ist, dann ist hierfür die Regierung Cuno und das deutsche Bürgertum verantwortlich. Wie 1914 schlichtete dieses Bürgertum auch 1923 in einen Kampf, ohne sich der Grenzen seiner Stärke bewußt zu sein, ohne rechtzeitig den Höhepunkt der Abwehr zu erkennen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Von einem Volk, das 100 Jahre lang vollkommen unpolitisch erzogen wurde, dessen Erziehung nur im Geiste der Gehichtsabellen erfolgte, konnte man im allgemeinen sicherlich nicht viel mehr erwarten. Das Verhängnis war, daß die Regierung Cuno als Führerin eines Sechzigmillionen-Volkes ebenfalls nur im Geiste des alten Systems lebte und durch ihre allgemeine Passivität in politischer und wirtschaftlicher Beziehung die Wirkung der passiven Abwehr an der Ruhr vom ersten Tage an vernichtete. Mit Rücksicht auf innerpolitische Verhältnisse wurde monatelang jeder sozialdemokratischen Forderung auf innen- und außenpolitische Aktivität Abgabe auf Abgabe zuteil, weil man befürchtete, den Patriotismus der Bestehenden mit der Vereinstellung von Mitteln durch Anziehung der Steuerhahne für den Abwehrkampf zu töten. Der Ruhrkampf wurde durch diese Art finanzpolitischer Passivität zu einem großen Geschäft für die Bestehende Klasse Deutschlands.

Erst als sich die innenpolitischen Verhältnisse immer trauriger gestalteten, die Rotationsmaschinen den Bedürfnissen der Inflation durch Gelddruck kaum noch Rechnung tragen konnten und die Arbeitslosigkeit rapide zunahm, raffte sich Cuno zu einem ersten Angebot an die Entente auf. Trotzdem blieb die Wirkung aus, weil man sich im Auslande sagte, daß eine Regierung, die kaum

noch Kredit im eigenen Lande besitzt, des Vertrauens im Auslande überhaupt nicht würdig sei. Tatsächlich herrschte gegen das Kabinett Cuno im Inlande schon nach kurzer Zeit Regentenschaft äußerster Mißtrauen. Der Ende Juli bzw. Anfang August laut werdende Ruf „Fort mit Cuno!“ war deshalb nicht nur berechtigt, sondern aus innen- und außenpolitischen Gründen notwendig. Mit Cuno als Reichkanzler wäre die erforderliche Beruhigung großer Teile unserer Bevölkerung im Spätsommer des abgeschlossenen Jahres nie eingetreten, und außenpolitisch war sein Rücktritt erforderlich, weil es ohnehin ausgeschlossen schien, jemals zu Verhandlungen über die Beilegung des Ruhrkonfliktes zu kommen.

Mit dem Abgang der Regierung Cuno blieb parlamentarisch nichts anderes übrig als die Bildung eines Kabinetts der großen Koalition. Je breiter die Basis parlamentarischer Regierungen ist, desto größer sind selbstverständlich die inneren Gefahren für den Bestand einer Koalition, die sich naturgemäß wiederum steigern mit der Größe der Schwierigkeiten bei den zu lösenden Aufgaben. Das zeigte sich praktisch schon nach wenigen Tagen am Kabinett Stresemann, dessen Lebensdauer vielleicht länger gewesen wäre, wenn der Regierungsantritt zu einer Zeit erfolgt wäre, in der die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weniger groß waren, als es infolge der Passivität des Kabinetts Cuno Mitte August der Fall war. Die Regierung Stresemann stand vor unendlichen Schwierigkeiten. Die Kritik, die gegen Cuno geübt wurde, fand ohne Berechtigung in vielleicht noch schärferem Maße ihre Fortsetzung gegenüber dem Kabinett der großen Koalition. Das eigentliche Verhängnis aber war schließlich, daß bürgerliche Minister nachgaben, statt der unsachlichen Kritik zu trotzen und nicht zuletzt ihrer Posten wegen vom Führer, den sie sein wollten, zu Geführten rechtsgerichteter politischer Hohlköpfe wurden. Es kamen die Bestrebungen der Industrie auf Verringerung der Arbeitszeit, überhaupt der Sozialgesetzgebung, und im gleichen Zeitraum erfolgte der wahnwitzige Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen. So mußte die erste Regierung Stresemann scheitern und aus den gleichen Erwägungen heraus das zweite Kabinett mit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung enden.

Gegen den Ausnahmezustand!

Der Reichkanzler Marx hatte am Freitag Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu einer Besprechung über die politische Situation gebeten. In dieser Besprechung, an der die Genossen Weis, Silberding und Herz teilnahmen, wurde neben anderen Fragen die immer unerträglich werdende Art der Anwendung des militärischen Ausnahmezustandes, insbesondere das Vorgehen gegen Thüringen, zur Sprache gebracht und kein Zweifel darüber gelassen, daß die sozialdemokratische Fraktion heute mehr als je die Beilegung des militärischen Ausnahmezustandes, dessen Anwendung immer mehr ausschließlich gegen die Arbeiterschaft erfolgt, mit allem Nachdruck verfolgen wird. Eingehend wurde dann auch die Steuerpolitik der Regierung und die schwere Belastung der breiten Massen durch die geplanten Volksmieten erörtert. Der trotz Ermächtigungsgesetzes vom Justizminister erfolgte Mißbrauch des Art. 48 wurde gleichfalls zur Sprache gebracht.

Da inzwischen wieder Verbote sozialdemokratischer Zeitungen erfolgt sind und durch das Vorgehen des Reichsjustizministers eine erneute Verschärfung der politischen Situation herbeigeführt wird, ist anzunehmen, daß in nächster Zeit der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Situation Stellung nehmen wird.

Weshalb hat der Senat die Kapitalisten nicht besteuert? Weil er in der Mehrheit selbst Kapitalistisch ist. Er muß umgebildet werden. Wählt „Ja“

Rehbergs Reparationsplan.

Berlin, 30. Dezember.

SPD. Nachdem in Deutschland seit Jahr und Tag die Frage der Erfassung der Sachwerte als eine der Lösungen des Reparationsproblems diskutiert und in gewissem Maße zur Anerkennung gebracht worden ist, hat nunmehr der Vertreter des Gedankens eines Teilschlusses dieser Sachwertbefassung, der deutsche Kalkulationsstrategie Arnold Rehberg, in Paris in Unterredungen mit Poincaré und anderen maßgebenden französischen Politikern bzw. Wirtschaftlern die spezielle Durchführung dieses Planes vertreten. Er scheint dabei zum mindesten auf starkes Interesse gestoßen zu sein und es ist deshalb nur erklärlich, wenn die deutsche Presse, wenigstens soweit sie Herrn Sinnes hörig ist, bereits jetzt wieder mit ihrem üblichen Lärm gegen Rehberg beginnt. Zwar sind auch wir mit einem Teil der Vorschläge, die Herr Rehberg seit längerer Zeit öffentlich im In- und Auslande vertritt, keineswegs einverstanden, aber dennoch betrachten wir es als einen Fortschritt, daß die Diskussion über die Sachwertbefassung durch seine Pariser Reise auf ein sehr konkretes Gebiet gelenkt wurde.

Wir glauben übrigens, kein Geheimnis zu verraten, wenn wir darauf verweisen, daß der Gedanke einer unmittelbaren Industriebeteiligung der Gläubigerstaaten in Deutschland vor mehreren Jahren bereits in maßgebenden amtlichen Kreisen erwogen wurde. Wenn man sich trotzdem damals im Kabinett Fehrenbach und später innerhalb der Regierung Wirth entschloß, eine andere Form der Heranziehung der Industrie, Landwirtschaft und Handel für die Abgeltung der Reparationen vorzuschlagen, so haben dabei wesentliche Gründe mitgesprochen, die u. U. genau wie vor Jahren auch heute gegenüber den Plänen des Kalkulationsstrategie Rehberg noch Geltung haben. Die Herausnahme einzelner Aktiengesellschaften zwecks Beteiligung des Auslandes, wie es Rehberg will, würde z. B. weber dem Ertrage nach so große Summen ergeben, daß damit ein beträchtlicher Teil der Reparationslast abgegolten werden könnte, noch wäre es innerpolitisch erträglich, einzelne Unternehmungen speziell zu Abgeltungen der Reparationsverpflichtungen herauszugreifen und dann die gegenwärtigen Aktienhaber wieder durch schwere Lasten gegenüber der Allgemeinheit zu entschädigen. Andererseits aber ist die Beschränkung auf diejenigen Unternehmungen, die zufällig Aktienform angenommen haben, gegenüber den anderen eine Ungerechtigkeit und praktisch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit auch unklug. Endlich besteht bei einer Beteiligung des Auslandes an nur einzelnen Unternehmungen die Gefahr, daß die deutschen Kapitalisten das zu benutzen suchen, um mit Hilfe des Auslandes auf die Arbeiter alle Lasten aus dieser Zukunftsaussicht haben wir ja bereits vor Unterzeichnung des Locarno-Vertrages erlebt, als der „Patriot“ Sinnes sich zu dem französischen Führer der Besatzungsarmee, General Degoutte, begab und seine Unterstützung zur Aufhebung der Sozialgesetzgebung usw. im Ruhrgebiet erbat.

Wenn in Frankreich eine Prüfung der Vorschläge Rehbergs unter den von uns angeführten Gesichtspunkten erfolgt, so wird man auf die Dauer dort zweifellos auch den Weg einer Gesamtbeteiligung an der deutschen Wirtschaft vorziehen. Welche Formen hierfür angewandt werden, muß selbstverständlich einer eingehenden Diskussion überlassen bleiben. Immerhin glauben wir, daß die endgültige Lösung dieser Frage unter voller Berücksichtigung der von Rehberg gegebenen Anregungen schließlich nur in der Richtung liegen kann, die wir seit Jahren nach reiflicher Überlegung immer wieder als zweckmäßig erachtet haben: in der Belastung aller inflationsgewinnenden Teile der Wirtschaft, d. h. von Landwirtschaft, Industrie, Bankwesen und Handel unter entsprechender Beteiligung des Reiches an den Erträgen dieser Unternehmungen, wobei dann mit dem Reich über die Beteiligung unserer Reparationsgläubiger an einer Anteilnahme am deutschen Wirtschaftsbefug und seiner Erträge eine Verständigung nicht allzuschwer sich erzielen lassen dürfte. Für diese Erfassung der Sachwerte, von der der Rehberg'sche Plan ein Teilschluß darstellt, sollte die Reichsregierung deshalb umgehend alle notwendigen Vorarbeiten für die kommenden Verhandlungen fertigstellen.

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Memorandum dürfte nicht vor dem 4. Januar in Berlin überreicht werden. Bis dahin kehrt der Reichsaußenminister Dr. Stresemann von seinem Urlaub aus der Schweiz zurück.

Die sächsische Ministertwahl vertagt.

Die nächste Sitzung des Landtags am 4. Januar.

Dresden, 29. Dezember.

Der Landtag vertagte in seiner Sonnabendstunde die Wahl des Ministerpräsidenten abermals und zwar auf den 4. Januar. Es ist anzunehmen, daß auch an diesem Tage die endgültige Wahl nicht erfolgt, da sich die in Frage kommenden Parteien bis dahin kaum über einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt haben werden, im übrigen aber der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages nicht verabschiedet werden dürfte, bis Klarheit darüber herrscht, ob die Wahl eines Ministerpräsidenten, überhaupt durch den jetzigen Landtag möglich ist. Am 4. Januar dürften sämtliche Landtagsfraktionen für ihren eigenen Kandidaten stimmen, so daß abermals ein neuer Wahltermin anderräumt werden muß.

Vom 1.-7. Januar der italienische, historische, Groß-Kunstfilm

Der Justizmord zu Venedig oder Irrende Richter

Ein altvenezianisches Drama in 5 Akten von Mirante mit italienischen Schauspielern, an historischen Städten aufgenommen, behandelt ein Geschehnis aus der Zeit der venetianischen Republik

Das Laster des Spiels.

 Eine Liebes-Tragödie in 5 Akten.

Hauptdarsteller: Willy Kayser, Heyl, Sybil Morell, Alfred Abel, Theodor Loos.

Die Flaschenpost.

Lustspiel in 2 Akten nach der gleichnamigen Erzählung von Werner Granville Schmidt.

Ab 4 Uhr: Vorzügliches Theater-Orchester.

Moislinger Baum.

10104) Direkte Endstation der Linie 9. Morgen Neujahrstag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen

verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung erster Hamburger Künstler, wie Fri. Erika Reinhardt, Solotänzerin, Walter Heger, Universal-Künstler, sowie der beliebte Stimmungs-Kanone **Egbert Sommer.**

Moderne Tänze. Künstler-Kapelle. Leitung: Herr Karl Stuhl. Prima seiner Bohnen-Kaffee, la. Kuchen. Für Familien freier Eintritt.

Allen unseren lieben Gästen, Freunden und Bekannten wünschen wir ein „Glückliches neues Jahr“ Rud. Fäde & Feat.

Nur im Biophon!

Das große Erstaufführungs-Programm!
Der Riesen-Abenteuer-Sittenfilm in 5 Akten (10108)

Das Gespensterschloß

In den Hauptrollen Emma Dehner, K. Römer, Fred Göbel.
Großer amerikanischer Sensationsfilm in 6 Akten

Die Todeskarte.

Die Geschichte eines Attentats, die Sie mit atemloser Spannung verfolgen werden.
Die Hauptdarstellerin Leon Chaney.

Eine Einlage.

Beamte! Angestellte!

Mittwoch, d. 2. Jan., abends 7 1/2 Uhr
im
Marmoraal des Theateraalbaues
Beckergrube,
öffentliche Versammlung.

Reichstagsabgeordneter **Bender**
Ernst Schermer und **Dr. Piet**
sprechen über die Gehalts- und Lohn-
politik der Reichsregierung, Personal-
abbau und den 9-Stundentag der
Beamten.

Kommt alle! Freie Aussprache
Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Beamte
und Angestellten.
10088

Allen Gönnern und lieben Gästen wünscht ein
Fröhliches Neujahr!
10089) **Café Astoria.**

Unsere lieben
Gäste, Freunde
und Bekannten
wünschen wir
**Fröhliches
Neujahr**
Süden (10101)
Fam. Dieckmann

Allen meinen lieben Gästen, Freunden
und Bekannten wünsche ich auf diesem Wege
ein fröhliches neues Jahr! 10087
**Johannes Hartmann u. Frau, Küchritz
Restaurant Cabstation der Elektr.**

Wünsche in werten
Kundschaft, Freunden
und Bekannten ein
frohes u. friedliches
neues Jahr (10061)
**Otto Reining
Wurstfabrik
Stodelsdorf.**

Allgemein. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Lübeck.
Betriebsrätezentrale Lübeck
A.D.G.B. - Ufa.
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortsartell Lübeck.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Ortsausschuß Lübeck.

Gemeinsame Versammlung

aller Funktionäre der obig. Spitzenorganisationen
am Mittwoch, dem 2. Januar 1924, 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordn.: Die Wirtschaft Lübecks
und der Volksentscheid.
Referenten: Dr. Leber und A. Haut.
Es ist Pflicht aller Funktionäre und Vertrauens-
männer, Betriebsräte, Obleute, Beauftragten
und sämtlicher Vorstandsmitglieder, zu dieser Ver-
sammlung zu erscheinen. Ausweis und Verbands-
buch sind vorzuzeigen. Ohne diese kein Zutritt.
Die Vorkände obiger Organisationen.
A. H. D. reacr.
10102)

Gledermans Prosit Neujahr!

Das Weltstadtprogramm.
Januar 1924.
Fredy Rolf und Partner
Exentr. Step-Dancers.
Ellen Lange
10071) Verwandlungstänzerin.
3 Pierrots
Komischer musikalischer Akt.
The Blessings
die beliebten modernen Equilibristen.
Jainczik's
die berühmten Eisläufer.
4 Troubadours
Straßensänger.
Original 4 Willi Abbott's
in Sport und Kunst.
Anfang 8.30 Uhr. Telephon 8155.

Zum Jahreswechsel Herzlichen Glückwunschen

10107) **Carl Hudoffsky, Mackstr. 44.**

Meiner verehrten Kundschaft zum
Jahreswechsel (10082)
herzlichste Glück- und Segenswünsche.
Reinhold Starke und Frau
i. Pa. Kaffeehaus Starke.

Allen meinen werten
Kunden, Freunden und
Bekanntes
herzlichen Prosit Neujahr
K. Schulz
Marlstr. 43 a
10095) Eing. Wilmsstr.

Unserer werten Kundschaft
und Bekannten ein
frohes Neujahr! (10089)
Anton Eibel und Frau,
Schlachtere
Chausseestraße 2 a.

„Zillnerhof“

Heute große humoristische
Silvester-Feier.

Stimmung — Humor. 10085
Anfang 8 Uhr.
Allen Freunden und Bekannten ein Prosit Neujahr!
Otto Manthey.

„OPERA“

KABARETT
JANUAR 1924

10108a) **Sylva Syten**
□
Erna Hansen — Wehert
□
JAMES BASCH
□
Irma Jäger
□
Herbert Zernik
□
Hauskapelle Drechsel

Gewerkschaftshaus

Silvester und Neujahr:
Treffpunkt der Gewerkschaftler
und der Parteigenossen

An beiden Tagen:
Unterhaltungsmuß! (10074)

Hotel Weidenfeller

Restaurant u. Weinstuben
Obertrave 5. (10082)
Halte meine gute geheizte Räume best. empfohlen
Gutbürgerl. Küche. Gr. Auswahl.
Bis Schluß geöffnet.
Porter vom Tag.
Bissen, u. hief. Biere. Grill-Weine
H. Weidenfeller.
Wünsche meinen Gästen, Freunden und Be-
kannnten ein fröhliches neues Jahr! D. O.



St. Gertrud- Liedertafel.

Am 1. Januar 1924 (Neujahrstag)
Großer Neujahrsball
Kesseneröffnung 5 1/2 Uhr
im Kolosseum.

Gesellschaftshaus Marli.

Silvesterfeier

vom Gesangverein Einigkeit.
Anfang 7 Uhr. (10093) Ende 4 Uhr.

Prosit Neujahr!

Das alte Jahr ist begraben für immer,
hoffentlich wird das Neue nicht schlammern.
Kampf heißt Leben, es ist nur einmal (10086)
auf der Welt.
Alles dreht sich um das ledige Geld.
Bejahter die Ruhe; and braucht Ihr mal
ein Paar Stiefel oder Schuhe
kauft im Spezialhaus **17 Balauerhof.**
Die Hauptache ist und hieße der Humor!
Volksentscheid — Ihr habt die Wahl,
Bei **O. Schröder** findet Ihr billiges
und gutes Schuhzeug in großer Zahl!
Prosit Neujahr!

Reuterkrug.

Montag, den 31. Dezember,
Anfang 8 Uhr:
★ **Grosse** ★
Silvester-Feier.
Reichhaltige Abendkarte
bei kleinen Preisen.
Künstlerkonzert u. Tanz
Zischbestellungen rechtzeitig erbeten.
10097 Telephon 354.

Silvester-Feier

Konditorei und Kaffeehaus
Starke
KONZERT
Spezialität am Silvester
von 11 Uhr vormittags ab:
**Hamburger Apfel-Pfann-
kuchen und Berliner.**
Von 8 Uhr abends ab:
**Eistrüchle Lübecker Art,
Silvester-Halbgeirrenes.**
10075) **Reinh. Starke.**

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Lübeck

Großer Neujahrs-Ball

am Dienstag, dem 1. Januar 1924
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 8 Uhr. (10090) Das Komitee.

Gallerie Sand- str. 19

Mohrmann.
im Oberlichtsaal ausg.
Prof. v. Lütgendorf.
(10093)

Das Schwarz- waldmädel.

Dienstag (Neujahr)
7 1/2 Uhr: (10085)
Zum letzten Male:
**Das Schwarz-
waldmädel.**
Nachmittags 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen
Dornröschen.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
in dieser Spielzeit
Der fidele Bauer.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 8 Uhr
nachmittags:
**Stimmungs-
Konzerte.**
1926

Stadttheater Lübeck
Dienstag, 7 Uhr: (10079)
Tanzhäuser.

Gas 21 Goldbfg. für das edm. Lichtrom 65, Kraft-
strom 30, Wasser edm 15/30, heizbare Räume 10
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldbfg. (10078)

Gute Schuhreparaturen. Werk von
Leb- u. Gummi-sohlen u.
Abfüßen. (10094)
Karl Obst, Am Brink
Kleinmaterial
Eingänge d. Stepperstein.

Freistaat Lübeck.

Montag, 31. Dezember.

Jahreswende.

1923 †

Fahre hin, du schlimmes Jahr!
Wir werden dich nicht betrauern!
Jeder deiner Tage war
Gespickt mit Unheil und Gefahr,
Mit Not und Leid und Hungerchamern

Freude war dir unbekannt,
Du liehest Menschen verderben,
Fressend wie ein Feuerbrand
Ergoß die Eier sich übers Land,
Viel schaden Mamon zu erwerben.

Wucher und Inflation,
Besatzung und Spekulanten,
Schleberpreise, wenig Lohn,
Verzweiflung und Rebellion;
Das waren deine Ueberwandten.

1924 *

Arm wie Fiob sind wir zwar
Und unsre Wunden sind offen.
Wettertrohend wie ein Nar
Beginnen wir das neue Jahr
Trotz aller Trübsal, denn wir hoffen!

Hoffnung gibt uns neuen Mut,
Die Drangsal hat uns gehämmert.
Schüren wollen wir die Blut
Im Kampf ums Recht, um Licht und Gut,
Bis uns das Jahr der Freiheit dämmert.

Neues Jahr, enttäusche nicht
Die Hoffnung der Freudelosen!
Spende ihrem Leben Licht
Und winde ihrer Fron und Pflicht
Auch einen Kranz aus roten Rosen!

Victor Kalinowski.

Silvester.

Der letzte Tag des Jahres heißt nach dem Papst Silvester, der am 31. Dezember des Jahres 335 starb. Er soll, wie die Sage berichtet, den römischen Kaiser Konstantin zum Christentum bekehrt und dafür von ihm das sogenannte Patrimonium Petri, den Grundstein des späteren Kirchenstaates, erhalten haben.

Wenn dann um 12 Uhr das neue Jahr mehr oder minder froh begrüßt wird, wissen nur die wenigsten, daß sie damit einem uralten Brauch nachkommen, den schon die Römer in ihren dem Gott Saturn geweihten Festen zu üben pflegten. Den Christen der ältesten Zeit war die Feier des ersten Tages im Jahre noch durchaus unbekannt; sie fürchteten durch eine solche Feier in bestehende Gemeinshaft mit den Heiden zu kommen. Die Kirche wurde von der Kirche als ihr Neujahrstag bis ins 16. Jahrhundert hinein der 25. Dezember gefeiert, um damit gleichsam die Geburt des Jesus von Nazareth als Beginn der Zeitrechnung zu symbolisieren. Mit demselben Tage fingen auch die alten Germanen ihr Jahr an: die Winter Sonnenwendnacht war es, die ihnen das neue Jahr brachte.

Wir haben uns daran gewöhnt, den ersten Januar als ersten Tag des Jahres zu begehnen. Und jeder Jahreswechsel ruft immer wieder Erinnerungen in uns nach an Dinge, die das vergangene Jahr uns brachte, während sich gleichzeitig leise Hoffnungen auf eine Besserung im neuen Jahre regen.

Und immer werden diese Hoffnungen wieder zerschanden! Durch die Schuld der Menschheit selbst. Ganz greulich geschah dies in dem sich jetzt zum Scheiden rüstenden Jahre. Nichts anderes als die nach Gewinn, brutales Machstreben der Kapitalisten, Unerschütterlichkeit der schlimmsten Art, unumschränkter Herrscherwille der Besitzenden lehrt uns, daß Vernunft und Bestimmung noch nicht in die Menschen gedungen ist, daß für die Verdammten dieser Erde die Welt immer noch eine Wüste bildet.

Wie lange schon und wie lange noch soll das Recht nur auf Seiten des Geldtads gelten? Soll dieser allein bestimmen können, ob die Menschen laufen, die Hände sich regen können oder Millionen arbeitsfreudiger Menschen unfähig auf der Straße liegen sollen? Ob der Hunger durch die Heime des Volkes jagt, das Notwendigste zum Leben unerschöpfbar ist? Es wäre verlorenes Lebensmüß, aufzuzählen all das Grauen des abgelaufenen Jahres. Es ist ein einziges Wechselspiel über alles, was uns die alte Herrschtsche beherrscht hat. Die aufreibenden Kämpfe um Arbeit und Brot, um Recht und Gerechtigkeit, wer hat sie nicht täglich miterlebt?

Soll es immer so bleiben. Soll ein verhängnisvoller kleiner Teil des Menschenrecht auch im neuen Jahr mit Füßen treten dürfen? Zum Sprung bereit stehen die Kuhnheuer der Arbeit anderer, um das Volk in Fesseln zu legen. Schon glauben sie, den Hals schnitt wagen, die aus den Zeitnöten entstehende Unzufriedenheit der Arbeiter für ihre selbstsüchtigen Zwecke mißbrauchen zu können.

Eitle Hoffnungen! Das Volk hat zuviel erduldet, zu große Not erlitten, als daß es sich auch noch um den letzten Rest wohlverdienten Rechtes und Freiheit betrogen lassen wird. Die Brutalität auf der einen Seite stellt auch die Bankrottmutigen auf der anderen wieder auf die Beine. Die Arbeiterschaft wird aus der für gestohlenen Unbill die notwendigen Lehren ziehen und ihren Widerstand geschlossener entgegenstellen. Hat sie auch viel verloren im alten Jahr, sie schreitet ins neue mit dem festen Willen, alle verlorenen Positionen in altem Kampfesmut wieder zu erobern — allen finsternen Gewalten zum Trotz.

Polizeihumor. Der letzte Polizeibericht läßt sich folgendermaßen in Stillsatz und „wighiger“ Journalist: Gemittelt und festgenommen wurde eine mehrfach u. a. mit Zuchthaus vorbestrafte Arbeiterin aus Schwartau, die anlässlich einer Bierreise einem Seemann 14 Goldmark gestohlen hatte. „Die unverbesserliche Diebin hat sich für das gestohlene Geld einen Mantel gekauft, wahrscheinlich, um für spätere Zeit auch besseren Gesellen.“

Des Volkes Stimme: Ja!

Glänzende Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Am Sonnabend marschierte Lübecks Proletariat trotz Schneegestöbers zu der öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshaus in solchen Massen, daß der 3000 Personen fassende Saal lange vor Beginn gefüllt war. Dichtgedrängt standen Männer und Frauen. Bis auf das letzte beschiedene Plätzchen waren Galerien und Bühne besetzt. Das Bürgertum war nur ganz gering vertreten, deren Schwadronenreue im Wahlkampf überhaupt nicht. Und doch hätten sie einmal mit eigenen Augen sehen können, wie mustergültig sich Lübecks Proletariat gibt. Ihnen wäre auch trotz des General-Anzeiger-Schwindels über Arbeiterterror der Beweis geführt worden, daß in sozialdemokratischen Massenversammlungen der Gegner ungeföhrt zu Worte kommt, sofern er sich befehligt, sachlich zu sein und hanebüchene Herausforderungen unterläßt. Allerdings müssen sich die Herren daran gewöhnen, daß Wahlversammlungen keine Kaffeekränzchen sind und ein paar temperamentvolle Zwischenrufe ertragen werden müssen. Der Versammlungsleiter, Genosse Alfred Weiß, forderte wiederholt aber vergeblich, allenfalls vorhandene Vertreter des Bürgertums auf, das Wort zu ergreifen und sich ihre volle Redezeit zu verschaffen! Nur Herr Haase-Lampe kam der Aufforderung nach. Er konnte sich über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beklagen, ebensowenig wie der kommunistische Sprecher, Heilborn. Einmütig bekundete die Riesenversammlung den Willen, den Kampf mit dem bürgerlichen Senat und den kapitalistischen, reaktionären Volksunterdrückern aufzunehmen und am 6. Januar zu einem vollen Siege zu führen. Das Referat hatte

Genosse Alfred Dreger

übernommen.

Die Ausführungen des Genossen Dreger gipfelten in folgenden Grundgedanken: Massenverarmung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, kärglicher Lohn, ungenügende Unterföhung sind das Zeichen, in dem das Jahr 1923 entsehweßt. Hervorgehoben zum großen Teil durch die Kapitalistenklasse und das scharmacherrische Abenteuerertum im Ruhrrevier. Not und Krise wird ausgenützt, um dem Volke die sozialen Errungenschaften, die sozialen Rechte zu entreißen. Der Haß des Unternehmertums gegen den Arbeiterstand, die rechtliche Stellung der Arbeiter, gegen die Tarifverträge ist rielengroß. Man will diesem allen jetzt den Todesstoß versetzen. Mit dem Beamtenabbau wird das vorzüglichste Recht der Beamten, das Beamtenrecht beseitigt. Respektlos von jenen reaktionären Parteien, die bisher stets der Sozialdemokratie den Vorwurf machten, sie wolle das Berufsbeamtentum abschaffen. Die Gehälter sind auf unerträglichem Tiefstand herabgesetzt. Statt daß Güter erzeugt, Wohlstand geschaffen wird, stehen die Fabriken still. Alles ruht, weil die schrankenlos freie Wirtschaft und die scharmacherrischen Parteien es so haben wollen. Ihnen geht der Profit über alles. Das ist Wesensart des Kapitalismus. Die freie Wirtschaft gab uns die Freiheit des Verhungerens, brachte entsehlliche Not selbst in die Kreise der geistigen Arbeiter. Diesen Zustand müssen wir zu beseitigen oder doch zu vermindern suchen. Der Kampf um die Beseitigung des Senats ist eine Etappe zu diesem Ziel. Trotz aller persönlichen Feindschaft der bürgerlichen Senatoren bilden sie einen Hemmschuh gegen die sieghafte Idee der Arbeiter, die ihr Geschick in die Hand ihrer eigenen Beauftragten legen wollen.

Die Folgen der Cuno-Regierung liegen offenkundig. Die Inflation wurde von Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Errettung von Goldwerten benutzt und mißbraucht, bis der völlige Zusammenbruch kam. Und jetzt schiebt diese Gelellschaft die Schuld am Niedergang der deutschen Wirtschaft den Arbeitern zu, die gerade in sachlicher und praktischer Politik alles taten, um diesen Zusammenbruch zu verhindern. Die allmähliche Umstellung der Wirtschaft auf den Bedarf durch eine Sozialisierung wurde von den Industriellen sabotiert. Ganze Industrien werden jetzt stillgelegt. Hunderttausende ehrlicher Arbeiter brutal auf die Straße geworfen, der Verarmung preisgegeben. Industrie, Handel und Landwirtschaft aber sitzt fest auf ihrer Substanz, hat Riesensummen fester im Auslande angelegt. Die gesamten Krieges- und Nachkriegslasten soll das wehrfähige Volk tragen. Das Fehlbudget in Lübeck stellte diese schamlose Forderung selbst an die Behörden. Der ganze Kampf zwischen Kapital und Arbeit dreht sich um die Lastenabwälzung des verlorenen Krieges. Deshalb der Vorstoß gegen Tarif, Arbeitszeit und Lohn. Durch miserable Entlohnung der deutschen Arbeiter will die Industrie den Weltmarkt durch Schmutzkonzurrenz wieder erobern. So sieht das wahre Gesicht des deutschen Unternehmertums aus! Die Festsigung der Währung wurde gleich bei der Ruhrbesetzung durch Stinnes und Konhorst hintertrieben, der Dollar von 20 000 Mark in unermeßliche Höhe gehraubt. Dazu kam die konsequente Steuererweigerung, der hinterlistige und offene Kampf der Industrie gegen diesen Staat überhaupt. Die Republik ist den Scharmachern in der Seele zu wider. Sie wollen unumschränkte Herrschergewalt für sich allein. Ihr Ruf nach Steigerung der Produktivität und größerer Ergiebigkeit der Arbeit ist eitel Wortspielerei. Sie haben die praktischen Vorschläge und Forderungen der Arbeiterorganisationen schon im Kohlenbergbau sabotiert. Den Unternehmern ist bekannt, daß in der Akkordarbeit die Leistungen der Friedenszeit überschritten sind. Wo ein Leistungsrückgang zu verzeichnen ist, da sind Unterernährung, Wohnungsnot, Geldentwertung, Unsicherheit der Erträge die Ursache. Und bei solch jammervollen Zuständen magt noch der Handelskammerpräsident Dr. Reibel von der Arbeiterklasse eine Verminderung des Verbrauches zu fordern! Tatsache ist: Die Wehrpflicht der Arbeit ist geleistet, wo ist die des Besitzes? Wir haben es nun glücklich so weit gebracht, daß wir durch die Schuld der Kapitalisten das teuerste Land der Welt geworden sind. Nun verlangt man vom Volke noch Goldmieten, während man die kleinen Hypothekengläubiger gleich-

zeitig enteignet. Spekulantentum und Landwirtschaft bereichern sich, der Mieter wird dem Hausagrariar schuhlos preisgegeben.

Ausführlich ging Genosse Dreger auf die unerhörten Zustände in der Steuergeheßgebung ein, wo alle Forderungen der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien verneint wurden. Der Aufbau soll ausschließlich auf Kosten der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter geschehen, die infolge der 100prozentigen Verteuerung der Lebenshaltung und Verfüzung ihres Einkommens auf ein Viertel der Friedensration gekürzt sind.

Was kann nun Lübeck an diesen Zuständen ändern? Zunächst ist es notwendig, daß Lübecks Vertretung in der Reichsregierung in republikanischem Geiste einsetzt. Heute ist Bürgermeister Dr. Neumann respektive der Gesandte Dr. Meyer-Lübchen im Reichsrat nicht zu vergessen ist, daß das Schwergewicht der Interessenvertretung der Arbeiter in Zukunft bei den Ländern liegt und da spielt die politische Konstellation in den Einzelregierungen die größte Rolle. Deshalb muß ein Senat vorhanden sein, der weitgehendes Verständnis für Arbeiterinteressen beweist. Heute ist dies nicht der Fall. Ich erinnere nur an den Kampf der Staatsarbeiter gegen den Scharmacher-Senator Evers, die Beamtenkommission des Senats usw. Von ausschlaggebender Bedeutung ist, daß in Lübeck die Ausführungsbestimmungen zu den Reichsgesetzen erfolgen, was sich auf die Erwerbslosenfürsorge, die Notstandsarbeiten und der Behandlung der Erwerbslosen ebenfalls auswirkt. Im einzelnen behandelte der Redner die bekannten strittigen Punkte, die zum Konflikt zwischen Bürgerschaft und Senat geführt haben und betonte zum Schluß, daß wie im Reich, so auch in Lübeck die Sozialdemokratie sachliche Aufbaubarbeit, stimals unter Zurückstellung eigener Interessen, in jeder Beziehung geleistet habe. Deshalb fordere sie jetzt die Mehrheit im Senat, die dem Willen der Volksmehrheit entspreche. Das Bangemachen von der Kreditwürdigkeit einer solchen Senatsmehrheit sei nur bürgerlicher Wahl-schwindel. Diesen und die wüste persönliche Heße zerpflückte Genosse Dreger noch ganz besonders. Wir führen den Kampf auf Grund der sieghaften Idee des Sozialismus und würden ihn auch sicher gewinnen, wenn jeder Bedrückte am 6. Januar mit Ja! Stimme. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache.

Heilborn von der SPD. wies auf den Machtwille der Kapitalisten hin, der seine heutige Position zur Ausbeutung und Anrechnung der Arbeiter benutze. Von einer Demokratie könne man unter dem Zeichen des Ausnahmezustandes nicht reden. Die deutschen Kapitalisten hätten an sich an der Republik nichts auszusetzen, wenn sie nur im Staate ihr kapitalistisches Programm durchsetzen könnten. Die Arbeiterklasse habe sich nicht den Mut geholt, die ganze Macht an sich zu reißen. Sie wolle Blut vermeiden und müsse jetzt sehen, wie das Volk trotzdem verrede. Die ganzen Geleße zum Schutze der Arbeiter müßten nichts, und auch die Steuergeleße seien nur Maßnahmen gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie habe diesen Geleßen zugestimmt und dadurch den Bestrebungen der Kapitalisten Vorkurs geleistet. Der Ausnahmezustand sei nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Unter ihm herrsche der Faschismus, der weiße Terror in Reinkultur. Da gebe es keine Auseinandersetzung mit Stimmgeldern, sondern nur mit den Mitteln, die auch auf der anderen Seite angewandt würden. Auch an den heutigen Verhältnissen in Lübeck sei die Sozialdemokratie mitschuldig. Es müsse Schluß gemacht werden mit dem kapitalistischen Staat und dem weißen Geleßel. An Stelle der kapitalistischen Diktatur müsse die proletarische treten.

Herr Haase-Lampe kritisierte vor allem die sozialdemokratische Wahlparole. Die Versprechen könne man nicht einlösen. Der neue Senat könne weder die Betriebe öffnen, noch die Arbeitslosigkeit vermindern. Er werde sie noch vermehren. Diese Behauptung habe er mit seinem Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei bezehlen müssen. (Was natürlich nicht wahr ist und vom Gen. Weiß widerlegt wurde.) Der neue Senat werde die größten Schwierigkeiten mit der Lübecker Wirtschaft haben. Ein solcher Senat werde auch die Mieten nicht verringern oder den Abbau der sozialpolitischen Geleße verhindern können. Den größten Schaden habe sich die Arbeiterchaft durch ihre wirtschaftliche und politische Zersplitterung selbst zugefügt. Die Wirtschaft müsse ganz genau, daß sie mit einer solchen notleidenden Arbeiterchaft machen könne, was sie wolle. Die Wirtschaft werde einem Senat, in dem Kommunisten sitzen, keine Neigung entgegenbringen. Man vergesse immer, daß wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden. Ein Mittel, den Privatunternehmer zu zwingen, seinen Betrieb zu öffnen, gebe es nicht. Im weiteren polemisierte der Redner gegen die Kommunisten und verfuhte Rätsel über die neue Senatszusammensetzung zu lösen, wie sie der Stadtklatsch beitrifft.

Genosse Dreger erwiderte den Vordrednern, daß sich die Sozialdemokratie ihrer Beschlüsse wohl bewußt sei. Den Belagerungszustand bede sie nicht und sei deswegen aus der Regierung ausgetreten. In gewissem Sinne habe sich auch die kommunistische Partei für das Ermächtigungsgesetz verwandt. Sie sei bei der Abstimmung im Saale gestiegen und habe dadurch die verfassungsmäßige Anzahl Reichstagsmitglieder herbeigeföhrt. In der Lübecker Bürgerschaft habe die kommunistische Fraktion nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft gehandelt. Den Fragen Haase-Lampes hielt Gen. Dreger die bürgerlichen Wahlflugblätter entgegen, in denen Rentnern, Beamten und Arbeitern alles mögliche versprochen, aber nichts gehalten wurde. Man müsse doch bedenken, daß jeder Wahlkampf für die Arbeiterschaft eine Etappe zum Aufstieg bildet. Die kapitalistische Gelellschaft habe den Arbeitern weniger Brot, weniger Lohn, aber mehr Not und Elend gebracht. Der typische Standpunkt des Unternehmertums ergibt sich aus dem bereits am Sonnabend angeführten Schreiben des Fehnderwerts, in dem offen gefordert wird, den Arbeitern die Lasten aufzubürden. Die Firma Thiel u. Sohn habe das Frauenschutzgesetz über die Nacharbeit selbstherrlich beseitigt, wie überhaupt sich im Lübecker Unternehmertum der Scharmacherzug aus dem Rheinland immer mehr ausbreitet. In der bürgerlichen Mehrheit des Senats seien Wandlungen bemerkbar, seitdem sich die politischen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft verschoben hätten. Er erinnere nur an Senator S. Evers, dem ichimmisten Scharmacher. In der Erwerbslosenfrage hätte der Senat mehr tun und Untersuchungen zur Beseitigung der Not anstellen können. Im Senat mache sich viel zu sehr der Einfluß reaktionärer Oberbeamten geltend. Den heutigen Anforderungen sei der jetzige Senat nicht mehr gewachsen, er müsse verschwinden. Mit diesem unbeugsamen Willen ging die gewaltige Versammlung auseinander.

Oeffentliche

Beamtenversammlung

am Mittwoch, dem 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Marmorsaal.

Redner:

Reichstagsabgeordneter **Bender-Berlin** und **Ernst Schermer-Lübeck.**

Freie Aussprache. Erscheint alle!

Die Wahlbewegung.

In allen Landgemeinden wurden gestern die Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei abgehalten. Sie nahmen überall einen glänzenden Verlauf.

In der Stadthalle waren die Mannen um Heise und Klein orden- und ehrenschmiedt versammelt. Herr Rechtsanwält Gwerz sagte ihnen, daß dem Deutschen die Politik nicht liege.

An den Hüter der Beamtenrechte!

Sachlichen Auseinandersetzungen gehe ich niemals aus dem Wege, auch nicht gegenüber angilichen Gemütern, die sich unter dem hohen Namen Hüter der Beamtenrechte verstecken.

Als es seiner Zeit um unsere Sonderzulagen ging, mußte die Unterstützung des Senats erzwungen werden. Von selbst kommt nichts!

Zur Schulreform. Die Wahl findet nach dem neuesten Entwurf durch das Kollegium statt. Die Behörde kann ihre Zustimmung unter Angabe von Gründen versagen.

Köln ist erichent mit der Gedanke, daß der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages die Schuld für alles Unheil, das uns Beamten betrifft, in die Schuhe geschoben wird.

Reichstages ist bürgerlich! Auch an dem Ermächtigungsgesetze, das ein solches Kompromiß ist auch von der Sozialdemokratie mehr als ungern erbracht wurde!

Nun zu der Forderung der Entlassung der drei Beamten! Es ist recht, der Senat hat nicht nachgegeben. Er durfte das auch gar nicht. Und wir, d. h. der Lübecker Beamtenbund, haben uns gleichfalls dagegen gewehrt.

Ich vertrete auch heute nicht Parteinteressen, obwohl ich der sozialdemokratischen Partei angehöre. Aber mich trennt von dem Hüter eine Weltanschauung. Zwei starke Kräfte ringen zur Zeit miteinander: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft.

Wer heute in unseren Reihen noch nicht erkennt, wie die Entmündigung auch uns Beamte mündigt, der tut mir leid. Wirtschaft und Politik hängen so eng zusammen, daß wir nicht Gemein bei Fuß stehen dürfen.

Ihre Hoffnung betreffend Stellungnahme der Arbeiter, Anwälte und Beamten am 8. Januar teile ich nicht. Aber darüber ist ein Streit überflüssig. Der Abend am 6. wird es an den Tag bringen!

Erwerbslose der SPD. Beteiligt auch nicht an der am 31. Dezember geplanten Demonstration.

SPD-Fraktion der Erwerbslosen.

Leichtes Anzeichen der Lübecker Steuerungszißern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die von Reich nach Art und Menge etabliert festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierköpfigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde.

Table with 3 columns: Category, Billionen Mark, and (1913/14 = 1) in Milliarden. Rows include Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung, and mit.

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind seit Sonnabend (22. Dezember) wieder etwas in die Höhe gegangen: Die Steigerung beträgt 1.68 Prozent.

Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Zunahme 2.66 Prozent. Teurer geworden sind gegenüber der Vorwoche Schweinefleisch, Fische und Eier.

Zur Lage der städtischen Betriebe.

erhalten wir von der Direktion der Gas- und Elektrizitätswerke einen längeren Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die kassastrophale Geldentwertung hat die städtischen Betriebe finanziell an den Rand des Scheiterns geführt.

Zur Preishöhe gegenüber dem Frieden sei bemerkt, daß die für Gas, Wasser und Strom gleichmäßig vorgenommen wurde. Kohlen und Materialien betragen immer noch gut das Doppelte des Friedens.

Der Guldscheinverkauf wurde einstellt, da seit etwa Mitte November mit Entzeten des wertbeständigen Geldes Guldscheine so gut wie garnicht mehr angefordert wurden.

Die Verwirklichung der Wünsche des Publikums, das Geld sofort beim Einkäufer abzurufen zu können, ist unmöglich wieder nachgekommen.

Verleumdungstaktik der SPD.

In einer am 20. 12. 23 stattgefundenen Mitteilerversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Lübeck, die als ersten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung zu erledigen hatte, wurden dem Kollegen Knapp...

Der Spiegel.

Ein Silvester-Märchen von Ernst Preygang.

Mit gestimmtem Rücken schloß die Frau zum Tore der Stadt hinaus. Langsam, mühselig setzte sie den Stecken, der bei jedem Schritt klingelnd auf dem harten, gefrorenen Boden klirrte.

es so bequem, Alles von uns zu erwarten und den göttlichen Funken in ihrem eigenen Sinne schlummern zu lassen. Wären sie alle zum Bewußtsein ihres Menschentums erwacht, sie würden von sich fordern, was wir ihnen in den Schöß werfen sollen.

Saußer tausendfach kallen — und durch die Fensterlücken grinst ein gräßliches Gesicht. Das ist die Not! Die Alte drehte den Spiegel. „Nun?“ Erstochen sah das junge Weib zurück. „Ich sehe ein großes, leichenbelaßtes Feld, zerhobene Leiber und klaffende Stirnen.“

